## Der Ruf nach dem Staat

Wenn Presseberichte zutreffen, forderte der Paderborner Theologieprofessor Peter Eicher den Staat auf, den neuen Katechismus der Katholischen Kirche an allen deutschen Schulen zu verbieten. Denn er drohe mit der Hölle und sei darum "menschenverachtend".

Im Katechismus heißt es:

"Die schlimmste Pein der Hölle besteht in der ewigen Trennung von Gott, in dem allein der Mensch das Leben und das Glück finden kann, nach denen er erschaffen worden ist und nach denen er sich sehnt. Die Aussagen der Heiligen Schrift und die Lehren der Kirche über die Hölle sind eine Mahnung an den Menschen, seine Freiheit im Blick auf sein ewiges Schicksal verantwortungvoll zu gebrauchen. Sie sind zugleich ein eindringlicher Aufruf zur Bekehrung" (Nr. 1035 f).

Wenn der Staat dafür Sorge tragen soll, daß diese Mahnung den Schülern vorenthalten wird, so muß er konsequenterweise auch das Evangelium an den Schulen verbieten. Denn in ihm finden sich eindringliche und ernste Warnungen Jesu vor der Gefahr der Hölle (z.B. Mt 13, 41 ff; 25, 41).

Drewermann findet das "gräßlich" und glaubt nicht, daß Jesus das gesagt haben könne; es müsse sich um spätere Einfügungen handeln. Eicher, der Drewermann im bischöflichen Disziplinarverfahren verteidigt hat (was ihm nicht vorgeworfen werden soll), hat sich diese Ansicht offenbar zu eigen gemacht. Diese Theologen wissen, was Gott sagt und will, und machen ihr Wissen zum Maßstab der Echtheit jeder einzelnen Stelle des Evangliums. Sie wissen es nicht aus höherer Erkenntnis, sondern haben eine persönliche Meinung, die mit den in der Gesellschaft dominanten Meinungen konform geht. Sie bilden ihr Urteil nicht anhand der Bibel, sondern unterwerfen umgekehrt die Bibel - und dann natürlich auch den Katechismus - ihrem Urteil.

In der Tat muß man hoffen und wünschen, daß alle Menschen zur ewigen Seligkeit gelangen - auch z.B. die Nazimörder oder die Publizisten, die all ihren Einfluß darauf verwenden, die Menschen von Glauben und Ehrfurcht abzubringen. Ob ihnen Gott in seiner Gnade auch nach ihrem Tode noch eine Chance zur Umkehr gewährt? Die Kirche hat immer gelehrt, daß die Umkehr zu Lebzeiten erfolgen muß. Wie will Herr Eicher das Gegenteil wissen?

Auf dem Karlsruher Katholikentag antwortete er auf die Frage, warum er nicht aus der Kirche austrete, sinngemäß: er wolle von innen die ganze Kirche in seinem Sinne umwandeln. Im Westdeutschen Fernsehen tritt er immer wieder als Gewährsmann der Feinde der Kirche auf. Anscheinend hofft er auf einen Entzug der Lehrbefugnis, der ihm größere Popularität verschaffen soll.

Nun soll der Staat die Aufgabe haben, die Meinung "aufgeklärter" Theologen mit Zwangsmitteln durchzusetzen und die Konformität der Meinungen sicherzustellen. Die theologische "Aufklärung" verstand sich im 18. und 19. Jahrhundert noch als liberal: Sie ging einher mit dem Ruf nach Freiheit der Konfession, des Glaubens, des Gewissens. Das galt, solange die Kirchen einflußreiche Institutionen waren. Nun, da sie an den Rand gedrängt und die gläubigen Christen ständig Objekt öffentlicher Verhöhnung in den Medien sind, zeigt sich, daß der Liberalismus nicht ernst gemeint war: Er war eine vorübergehende taktische Anpassung an die Machtverhältnisse. Nunmehr erhebt die "Aufklärung" Anspruch auf Ausschließlichkeit und staatliche Unterdrückung der noch immer unaufgeklärten gläubigen Christen.

Schon 1987 forderte der Tübinger Professor Hans Küng den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten zur staatlichen Einmischung in innerkirchliche Angelegenheiten auf: "Es darf nicht angehen, daß der Staat nur Zuschauer ... innerkirchlicher Säuberungsprozesse ist", denen die fortschrittlichen Theologen "zum Opfer fallen". Er meinte Uta Ranke-Heinemann, die sich im Fernsehen mit vier Fingern an die Stirn tippt, wenn vom christlichen Glauben die Rede ist.

Das Bundesministerium für Frauen und Jugend bereitet die Herausgabe einer Broschüre über "Sekten und Psychogruppen vor", die nicht nur vor kriminellen Vereinigungen warnt, sondern auch vor harmlosen Gruppen mit folgenden Kennzeichen:

Dogmatismus, Heilsbotschaft und eine charismatische Führerpersönlichkeit. Die katholische Kirche wird nicht ausdrücklich genannt. Aber es wird die präjudizielle Basis dafür gelegt, vor der Mitgliedschaft auch in ihr zu warnen: gleiches Recht für alle. Der Weg geht schrittweise von der öffentlichen Christenhetze über die staatliche Christendiskriminierung zu neuer Christenverfolgung. Wir müssen auf Schlimmeres und immer Schlimmeres gefaßt sein bis hin zum Triumph des Antichrist; das Evangelium hat es vorhergesagt.

Prof. Dr. jur. Martin Kriele

[Professor Kriele ist Direktor des Seminars für Staatsphilosophie und Rechtspolitik an der Universität Köln.]

## Kardinal Ratzinger zu liturgischen Fragen

Ende 1990 erschien in Frankreich, herausgegeben von der Abtei der hl. Magdalena in Le Barroux, eine Neuausgabe des römischen Meßbuchs von 1962. Das Vorwort zu dieser Ausgabe schrieb der Präfekt der Glaubenskongregation, Kardinal Joseph Ratzinger. Wir bringen hier die Übersetzung dieses Vorworts.

Hochwürdige Patres.

ich entspreche gerne Ihrer Bitte, die Neuausgabe des römischen Missale vorzustellen, das 1962 in kraft war. Diese Liturgie,
deren Gebrauch Papst Johannes Paul II allen gestattet hat, die ihr verbunden sind, ist
ein integrierender Bestandteil des "Reichtums, den die Vielfalt der Charismen und
der Traditionen der Spritualität und des
Apostolats für die Kirche darstellt". (vgl.
Motu Proprio Ecclesia Dei adflicta vom 2.
Juli 1988)

Es ist gut, daß der lateinische und der französische Text dieses Missale den Gläubigen zur Verfügung gestellt werden, aus "deren Schriftlesungen und Gebeten", wie Papst Paul VI sagte, "zahllose Heilige ihr geistliches Leben und ihre Gottesliebe genährt haben - aus jenen Texten also, deren Ordnung im Wesentlichen auf Gregor den Großen zurückgeht". (Apostolische Konstitution Missale Romanum vom 3. April 1973)

So hoffe ich, daß diese Neuausgabe der Erwartung der Gläubigen entspricht und ihnen hilft, aktiv an der Feier der heiligen Messe teilzunehmen. Damit wird sie beitragen zur liturgischen Erneuerung, die das Zweite Vatikanische Konzil forderte und "die Schönheit der Einheit in der Vielfalt" (Motu Proprio *Ecclesia Dei adflicta*) sichtbar machen.

Vatikanstadt, 18. Juli 1990 Joseph Card. Ratzinger